



II- **3703** der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

GZ 22030/10-3b/74

Forderungen der Lehrer;

Parlamentarische Anfrage Nr. 1791/J
der Abg. z. NR Regensburger und Gen.
an den Bundeskanzler betreffend ge-
werkschaftliche Forderungen der
Lehrer (Herabsetzung der Lehrver-
pflichtung aus Anlaß der generellen
Arbeitszeitverkürzung)

1775 / A. B.
zu 1791 / J.
Präs. am 9. Sep. 1974

An den
Präsidenten des Nationalrates

1010 W i e n

Der Abgeordnete Regensburger und Genossen hat an mich mit
12. Juli 1974 unter der Nr. 1791/J folgende Anfrage gerichtet:

1. Entspricht die Meldung des obzitierten "Freien Tiroler Erzieher" den Tatsachen oder entspricht die im Organ der Bundessektion Pflichtschullehrer in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten "Der Pflichtschullehrer" gebrachte Meldung, daß die Verhandlungen gescheitert seien, der Wahrheit?
2. Welche Maßnahmen wird der Bundeskanzler nach dem Scheitern der Verhandlungen auf Beamtenebene setzen, um den Forderungen der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten doch noch entsprechen zu können?
3. Wann wird mit der Erfüllung der Forderungen der Lehrer auf Herabsetzung der Lehrverpflichtung um eine Stunde gerechnet werden können?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten hat im Zusammen-
hang mit der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst
ab 1. Jänner 1975 an die Bundesregierung die Forderung gerichtet,
die Lehrverpflichtung der Lehrer generell herabzusetzen. Die Bundes-
regierung hat der Gewerkschaft in einer am 7. Juni 1974 unter meinem
Vorsitz stattgefundenen Beratung ein Angebot auf generelle Herab-
setzung der Lehrverpflichtung der Lehrer um eine halbe Wochenstunde
gemacht, das an bestimmte Auflagen gebunden war. In der gleichen
Beratung wurde vereinbart, technische Einzelheiten in der Durch-
führung dieses Angebotes und der Verwirklichung der damit verbun-
denen Auflagen in gesonderten Beratungen zu erörtern.

- 2 -

Die erste dieser Beratungen hat am 25. Juni 1974 im Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz von StS LAUSECKER stattgefunden. In dieser Beratung wurde auch vereinbart, am 13. September 1974 weiter zu verhandeln. Ich halte es daher im Augenblick für nicht zielführend, eine Aussage zu den bisher geführten Verhandlungen und den darin erörterten Einzelheiten zu machen, weil dies eine Präjudizierung kommender Verhandlungen bedeuten würde und sehe mich nicht in der Lage, weitere Stellungnahmen hinsichtlich Äußerungen und Gegenäußerungen, die im Rahmen dieser Beratungen gemacht wurden, abzugeben.

5. September 1974
Der Bundeskanzler:

